

Gallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1918 Nr. 45 für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 217

Morgen-Ausgabe
Freitag, 25. Januar

Preisverzeichnisse für Galle und Provinz...
Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung...
Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle a. Saale.

Preisverzeichnisse für Galle und Provinz...
Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung...
Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle a. Saale.

Hertling und Czernin über die Friedensfrage

Berlin, 24. Nov. In der heutigen Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages führte Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling aus:

Meine Herren, als ich zum letzten Male die Ehre hatte, vor Ihrem Ausschuss zu sprechen — es war am 4. Januar — standen mir, so schön es, vor einem in Welt-Kriegs-entsetzten Ausschuß. Ich habe damals die Meinung ausgesprochen, daß wir die Erledigung dieses Ausschußes in aller Ruhe abwarten sollten. Die Tatsachen haben dem nicht gegeben. Die russische Delegation ist wieder in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen sind wieder aufgenommen und fortgesetzt worden. Sie gehen langsam weiter und sind außerordentlich schwierig. Auf die näheren Umstände, die diese Schwierigkeit bedingen, habe ich schon das vorige Mal hingewiesen. Namentlich kommt in der Tat der Zweifel entgegen, ob es der russischen Delegation ernst sei mit den Friedensverhandlungen, und allerbaldigste Befragung, könnten diesen Zweifel bestätigen. Prognosen halte ich an der Hoffnung fest, daß wir auch mit der russischen Delegation in West-Berlin demnächst zu einem guten Abschluß gelangen werden.

Günstiger sehen unsere Verhandlungen auf den Vertretern der Ukraine. Auch hier sind noch Schwierigkeiten zu überwinden, aber die Aussicht ist doch günstig. Wir hoffen, demnächst mit der Ukraine zu Abschlüssen zu kommen, die in beiderseitigem Interesse gelegen und nach der wirtschaftlichen Seite vorzüglich sein werden.

Ein Ergebnis, meine Herren, war bereits am 4. Januar abends um 10 Uhr zu verzeichnen. Die Ihnen alle bekannte, hatten die russischen Delegierten am Ende Dezember den Vorschlag gemacht, eine Einladung an sämtliche Kriegsteilnehmer ergehen zu lassen, sie sollten sich an den Verhandlungen beteiligen, und als Grundlage hatten die russischen Delegierten gewisse Vorschläge im allgemeinen gehalten. Wir haben uns damals auf den Vorschlag, die Kriegsteilnehmer zu den Verhandlungen einzuladen, eingelassen unter der Bedingung jedoch, daß diese Einladung an eine ganz bestimmte Frist gebunden sei. Am 4. Januar des Abends um 10 Uhr war diese Frist verstrichen, eine Antwort war nicht erfolgt. Das Ergebnis ist, daß wir der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Insofern ist es, daß wir die Verhandlungen mit England, und daß wir auch selbstständig an jene von der russischen Delegation uns vorgelegten allgemeinen Friedensvorschläge der Entente gegenüber in keiner Weise mehr gebunden sind. Anstatt der damals erwarteten Antwort, die ausgeblieben ist, sind inzwischen, wie die Herren alle wissen, drei Kundgebungen feindlicher Staatsmänner erfolgt, die Rede des englischen Ministers Lloyd George vom 5. Januar und die Erklärung des Präsidenten Wilson vom 2. Dezember. Ich vernehme gern an, daß Lloyd George seinen Ton geändert hat. Er schimpft nicht mehr und scheint dadurch seine früher vor mir ausgesprochenen Verhandlungs-fähigkeit jetzt wieder nachweisen zu wollen. (Sehr richtig) Namentlich aber kann ich nicht ignozieren, wie manche Stimmen aus dem neutralen Ausland, die aus dieser Rede Lloyd Georges einen ernstlichen Friedenswillen, ja sogar eine freundliche Einstellung herauslesen wollen. Es ist wahr, er erklärt, er wolle Deutschland nicht vernichten, das es nie vernichten wollen. Er gewinnt sogar Worte der Achtung für unsere politische, wirtschaftliche, kulturelle Stellung. Aber dazwischen steht es doch auch nicht an anderen Meinungen; dazwischen drängt sich doch immer wieder die Auffassung durch, daß er über das schuldige, aller möglichsten Verbreden schuldige Deutschland Recht zu sprechen habe, — eine Meinung, meine Herren, auf die wir uns selbstverständlich nicht einlassen können, in der wir besten Friedenwillen noch nicht verbürden können. Wir sollen die Schuldigen sein, über die nun die Entente zu Gericht sitzt. Das nützt mich, einen kurzen Rückblick auf die dem Kriege vorangehenden Verhältnisse und Vorgänge zu werfen, auf die Gefahr hin, längst Bekanntes noch einmal zu wiederholen.

Die Aufrichtung des Deutschen Reichs im Jahre 1871 hatte der alten Herrlichkeit ein Ende gemacht, durch den Zusammenschluß seiner Stämme hatte das Deutsche Reich in Europa diejenige Stellung erworben, die seinen wirtschaftlichen und kulturellen Reichtum und den darauf gegründeten Ansprüchen entsprach. (Wieder) Fürst Bismarck trug sein Werk durch das Bündnis mit Österreich, Preußen und Italien, das ein reines Defensivbündnis war, den hohen Verbündeten dem ersten Lage zu bedacht und zu gewollt. Am Rande der Jahrzehnte ist

niemals auch nur der leiseste Gedanke an einen Mißbrauch zu aggressiven Zwecken aufgekommen. Insbesondere zur Erhaltung des Friedens sollte das Defensivbündnis zwischen Deutschland und der angrenzenden in aller Tendenz durch gemeinsame Interessen mit uns verbundenen Donaumonarchie dienen.

Aber schon Fürst Bismarck hatte, wie ihm oftmals vorgezogen wurde, den Abdruck der Koalitionen, und die Ereignisse der folgenden Zeit haben gezeigt, daß das kein bloßes schwaches Traumbild war. Wechselt trat die Gefahr feindlicher Koalitionen, die den verbundenen Mittelstaaten drohte, in die Erscheinung. Durch die Einseitigkeit König Edwards ward der Traum der Koalitionen Wirklichkeit. Dem englischen Imperialismus stand das aufstrebende und erstarkende Deutsche Reich im Wege. Der französische Imperialismus, in russischen Eroberungstendenzen, fand dieser britische Imperialismus nur allzu bereitwillige Hilfe, und so bereiteten sich für uns gefährliche Zukunftsaussichten vor.

Schon immer hatte die geographische Lage Deutschlands die Gefahr eines Krieges auf zwei Fronten uns nahe gerückt. Jetzt wurde sie immer fühlbarer. Zwischen Rußland und Frankreich wurde ein Bündnis abgeschlossen, dessen Teilnehmer das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn an Einwohnernzahl um das Doppelte übertrafen. Frankreich, das republikanische Frankreich, ließ dem aristokratischen Rußland Willkür, zum Ausbau der französischen Bahnen im Kaiserreich Rußland, die den Aufmarsch gegen uns erleichtern sollten. Die französische Republik sah den letzten Mann zur dreifährigen Dienstzeit heran. So schuf sich Frankreich neben England eine bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit gehende Rüstung. Beide verfolgten dabei Zwecke, die unsere Gegner jetzt als imperialistisch bezeichnen.

Es wäre Pflichtvergessenheit gewesen, wenn Deutschland diesem Spiel ruhig zugehört hätte, wenn nicht auch wir uns eine Rüstung zu schaffen hätten, die uns gegen die künftigen Bedrohungen zu schützen hätte. Meine Herren! Ich darf vielleicht daran erinnern, daß ich selbst als Mitglied des Reichstages sehr häufig über diese Dinge gesprochen habe und daß ich bei neuen Rüstungsausgaben stets darauf hingewiesen habe, daß das deutsche Volk, wenn es diesen Willkür zustimmte, lediglich eine Politik des Friedens treiben würde, daß diese Rüstung uns nur augenblicklich bei der Abwehr gegen die uns vom Feinde drohende Gefahr. Es scheint nicht, daß diese Worte irgendwo von dem Feinde beachtet worden wären.

Und nun Eliaß-Löhningen Eliaß-Löhningen, von dem auch jetzt wieder Lord George redet. Auch jetzt spricht er wieder von dem Unrecht, das Deutschland im Jahre 1871 Frankreich angetan habe. Eliaß-Löhningen — ich sage es nicht ohne, Sie bedürfen der Belehrung nicht, aber im Auslande scheint man die Dinge immer noch nicht zu kennen — Eliaß-Löhningen umfaßt bekanntlich zum größten Teile reiche Gebiete, die durch Jahrhunderte lang fortschreitende Bergbauaktivität und Metallindustrie von Deutschland weise losgelöst wurden, bis endlich 1789 die französische Revolution den letzten Rest verlor. Damals wurden sie französische Provinzen. Als wir im siebzehnten Krieges die uns freudlich entzifferten Landesstücke zurückverlangten, war das nicht Eroberung fremden Gebietes, sondern recht eigentlich, was man heute Desannexion nennt. Und diese Desannexion ist dann auch von der französischen Nationalversammlung, der verfassungsmäßigen Vertretung des französischen Volkes in damaliger Zeit, am 23. März 1871 mit großer Stimmeneinheit ausdrücklich anerkannt worden.

Und auch in England, meine Herren, sprach man damals ganz anders als heute. Ich kann mich auf einen klassischen Text berufen. Es ist kein anderer als der berühmte englische Historiker und Schriftsteller Thomas Carlyle, der in einem Briefe an die „Times“ und zwar im Dezember 1879, folgendes schrieb: „Reich Wolf hat einen so schlimmen Nachbarn, wie ihn Deutschland während der letzten 400 Jahre an Frankreich gehabt. Deutschland hat sich verpflichtet, es nicht daran lassen, einen Grenzwall zwischen sich und einem solchen Nachbarn zu errichten — ich bemerke, daß ich die besten Gründe, welche Carlyle in diesem Zusammenhang gegen Frankreich gebraucht, meinerseits jetzt nicht wiederholt habe — einen solchen Grenzwall sich zu errichten, wo es die Gelegenheit dazu hat. Ich weiß von keinem Naturgesetz und keinem Sinnenparlamentarismus, kraft dessen Frankreich allein von allen umliegenden Völkern nicht verpflichtet wäre, einen Teil der gerundeten Gebiete zurückzugeben, wenn die Eigentümer, denen sie entziffren, eine günstige Gelegenheit haben, sie wieder zu erobern.“ Und in gleichem Sinne spracheneben englische Redatoren — ich nenne beispielhaft die „Daily News“ — sich aus.

Ich komme nunmehr zu Wilson, meine Herren. Auch hier vernehme ich an, daß der Ton ein anderer geworden ist. Es scheint, daß die damalige einmütige Jurisdiktion des Reichstages Wilsons, in der Antwort auf die Kabinette zwischen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk, die Kraft zu täuschen, ihre Wirkung getan hat. Diese einmütige Jurisdiktion konnte Wilson schon auf den rechten Weg leiten, der Anfang dazu ist vielleicht gemacht. Dem jetzt ist wenigstens nicht mehr die Rede von der Unterdrückung des deutschen Volkes durch eine autoritäre Regierung und die früheren Angriffe auf das Haus Hohenzollern sind nicht wiederholt. Auf solche Darstellungen der deutschen Politik, die ich auch jetzt noch in Wilsons Vorkampf finden, will ich hier nicht eingehen, sondern im einzelnen die Punkte besprechen, die Wilson vorlegt. Es sind nicht weniger als 14 Punkte, in dem Sinne, den er sein Friedensprogramm formuliert, und ich bitte um Ihre Geduld, wenn ich diese 14 Punkte zu kurz als möglich hier zum Vortrag bringe.

Der erste Punkt verlangt, es sollen keine geheimen internationalen Vereinbarungen mehr stattfinden. Meine Herren! Die Geschichte lehrt, daß wir uns am besten mit einer weitgehenden Publizität der diplomatischen Entscheidungen einverstanden erklären können. Ich erinnere daran, daß unter Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn seit dem Jahre 1888 auch Welt bekannt war, während die Offensiv-Abmachungen zwischen den feindlichen Staaten erst im Laufe des Krieges und zuletzt durch die Enthüllung der russischen Geheimnisse das Licht der Öffentlichkeit erblickten. (Sehr richtig) Auch die Verhandlungen in West-Berlin vor aller Öffentlichkeit bedingen, daß wir durchaus bereit sein könnten, auf diesen Vorschlag einzugehen und die Publizität der Verhandlungen als allgemeinen politischen Grundgesetz zu erklären.

Im zweiten Punkt fordert Wilson Freiheit der Meere. Die vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere in Krieg und Frieden wird auch von Deutschland als eine der ersten und wichtigsten humanitären Forderungen aufgestellt. Hier besteht also keine Meinungsverschiedenheit. Die von Wilson am Schluß eingefügte Einschränkung — ich brauche sie nicht wörtlich anzuführen — ist nicht recht verständlich und scheint überflüssig, würde also am besten weggelassen. In hohem Grade aber wichtig wäre es für die stark besetzten Flottenstützpunkte an wichtigen internationalen Meerestrecken, wie die Geraden in Gibraltar, Malta, Aden, Songoon, auf den Balkaninseln und an manchen anderen Stellen unterhalb, verächtlich werden könnte.

3. Verrückung aller wirtschaftlichen Schranken. Auch wir sind mit der Verrückung wirtschaftlicher Schranken, die den Handel in überflüssiger Weise einengen, durchaus einverstanden. Auch wir unterstützen einen Wirtschaftskrieg, der unausweichlich die Ursachen künftiger kriegerischer Vermordungen in sich tragen würde.

4. Verrückung der Rüstungen. Wie schon früher von uns erklärt wurde, ist der Gedanke einer Rüstungsbeschränkung durchaus diskutabel. Die Finanzlage sämtlicher europäischer Staaten nach dem Kriege dürfte eine befriedigende Lösung den wirksamsten Vorschub leisten. (Sehr richtig!)

Man geht also, meine Herren, über die vier ersten Programmpunkte hinaus ohne Schwierigkeit zu einer Verhandlung gelangen.

Ich wende mich zum fünften Punkt: Schlichtung aller kolonialen und fürliche und Streitigkeiten. Die praktische Durchsicherung des von Wilson aufgestellten Grundgedankes in der Welt der Wirklichkeit wird einigen Schwierigkeiten begegnen. Jedenfalls glaube ich, daß es zunächst dem größten Kolonialreichtum — England — überlassen bleiben kann, wie es sich mit diesem Vorschlag seines Verbündeten abfinden will. Bei der unbedingt auch von uns geforderten Reuegestaltung des Weltkolonialreiches wird von diesem Programmpunkte keiner Zeit zu reden sein.

6. Räumung des russischen Gebietes. Nachdem die Entente Staaten es absehbar haben, innerhalb der von Rußland und den vier verbundenen Mächten vereinbarten Frist sich den Verhandlungen anzuschließen, muß ich im Namen der letzteren eine nachträgliche Einmündung ablehnen. Wir stehen hier vor Fragen, die allein Rußland und die vier verbundenen Mächte angehen. Ich halte an der Zustimmung fest, daß es unter Anerkennung der Selbstbestimmung der betroffenen Handwerker der ehemaligen russischen Kaiserreiche gefällig wird, zu einem guten Verhältnis sowohl mit diesen, als mit dem übrigen Ausland zu gelangen, dem wir aufs dringende die Rückkehr gewöhnlicher der Ruhe und Wohlfahrt des Landes anvertrauen der Händel zu wünschen.

9. II. Städt...
51...
K...
B...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

9. II. Städt...
51...
K...
B...
R...
S...
T...
U...
V...
W...
X...
Y...
Z...

Was ist die Wahlsache? Was die Wahlsache betrifft, so ist von meinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit während des Krieges die gewöhnliche Anliehrung Belgiens an Deutschland einen Programmzweck der deutschen Politik gebildet habe. Die Wahlsache gehört zum Komplex der Fragen, deren Entscheidung durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu erzielen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht Willkürliches an den Tischen leisten, daß die Integrität des Gebiets der Verbündeten die einzige moralische Grundlage von Friedensbetrachtungen bieten kann, muß ich an dem bisher stets eingekommenen Standpunkt festhalten und eine Vorannahme der belgischen Angelegenheit aus der Geheimkonferenz ablehnen.

Die Freiheit der Angelegenheiten des Territoriums. Die okkupierten Teile Frankreichs sind ein wertvolles Kontingend in unserer Armee. Auch hier bildet die gewöhnliche Anliehrung keinen Teil der öffentlichen deutschen Politik. Die Bedingungen und Modalitäten der Wahrung, die den vitalen Interessen Deutschlands Rechnung tragen müssen, sind zwischen Deutschland und Frankreich zu vereinbaren.

Soll kann nur nochmals ausdrücklich betonen, daß von einer Richtung im Reich, die sich mit und immer die Rede sein kann. Das Reich ist, das sich beständig immer mehr dem Deutschland innerlich angegliedert hat, daß sich in hochentwickelter Weise innerlich immer mehr fortentwickelt, von dem mehr als 87 Prozent die deutsche Muttererde brechen, werden wir uns von den Feinden unter irgendwelchen können Lebensarten nicht wieder abnehmen lassen. (Koboths Prolog).

Am 10. und 11. November. Gesangs. Nationalitätfrage der Donaumonarchie, 90.000.000.

Was die von Wilson unter 9., 10. und 11. behandelten Fragen betrifft, so berühren sie sowohl mit den belgischen Fragen, als mit denen der künftigen Entschaffung der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Fragen der Zukunft der Balkanstaaten Punkte, bei denen zum großen Teile die politischen Interessen unserer Verbündeten Österreich-Ungarn überwiegen. Wo deutsche Interessen im Spiele sind, werden wir sie stets nachdrücklich wahrnehmen, doch möchte ich die Verantwortung der belgischen Vorschläge in diesen Punkten in erster Linie den ausüblichen Ministern der österreichisch-ungarischen Monarchie verweisen. Die enge Verbindung mit dem Reichsverband ist der Kernpunkt unserer deutschen Politik und muß die Richtlinie für die Zukunft sein. Die treue Wohlfahrt der Verbündeten ist in der Politik zu ständig bedürftig hat, muß auch in Frieden nachwirken, und so werden wir auch untereinander alles tun, was für Österreich-Ungarn ein Vorzug ist, das von den berechtigten Ansprüchen Rechnung trägt.

Artikel 16. Geben möchte ich in den unter 12. von Wilson behandelten Angelegenheiten die umteren Fragen, die besten und mächtigsten Bundesgenossen. Die Krieg, die besten, in keiner Weise der Stellungnahme ihrer Staatsmänner vorzuziehen. Die Integrität der Länder und die Sicherheit ihrer Gewässer, die mit den Meerengen eng zusammenhängen, sind wichtige Lebensinteressen auch des Deutschen Reiches. Unter Berücksichtigung kann hierin stets auf unsere nachdrücklichsten Belustigungen stehen.

Am 13. September. Die Entente, die für Polen zur inhaltlich Worte fand und vor dem Krieg nie bei Russland für Polen eingetreten ist, sondern das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn waren, die Polen von dem meine nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreien. So möge man es auch Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die zukünftige Gestaltung dieses Landes zu einigen. Wie die Verhandlungen und Mitteilungen des letzten Jahres beweisen, sind wir durchaus auf dem Wege hierzu.

Der letzte Punkt behandelt den Verhandlung der Balfour. Was diesen Punkt betrifft, so habe ich, wie ich aus meiner bisherigen politischen Tätigkeit ergibt, jedem Obenamtenskommissar gegenüber, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschließt und das friedliche und harmonische Zusammenarbeiten der Völker fördern will. Wenn der von Präsident Wilson angeregte Gedanke des Verbandes der Völker bei näherer Ausarbeitung und Prüfung ergibt, daß er wirklich im Geiste vollkommener Gerechtigkeit gegen alle und vollkommenen Vorteilhaftigkeit gestaltet ist, so ist die kaiserliche Regierung geneigt, wenn alle anderen erwähnten Fragen geregelt sein werden, einer Prüfung der Grundlage eines solchen Völkerbundes nach zu treten.

Meine Herren! Sie haben die Reden von Lloyd George und die Vorschläge des Präsidenten Wilson kennen gelernt. Ich muß wiederholen, was ich zu Anfang sagte: wir müssen uns nun fragen, ob aus diesen Reden und Vorschlägen uns wirklich ein erhellendes Licht über den Frieden entgegentritt. Sie enthalten gewiß Grundzüge für einen allgemeinen Weltfrieden, denen auch wir zustimmen, und die Ausgangs- und Hauptlinie für Verhandlungen bilden könnten. Wo aber konkrete Fragen zur Sprache kommen, Punkte, die für uns und unsere Verbündeten von entscheidender Bedeutung sind, da ist ein Friedenswille weniger bemerkbar. Unsere Gegner wollen Deutschland nicht „vernichten“, aber sie scheiden begierig nach Zellen unserer und unserer Verbündeten Länder. Sie sprechen mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber davorhin dringt immer wieder die Forderung, daß wir seien die Schuldigen, die Ruhe zum und Befreiung geloben müssen.

So spricht immer noch der Sieger zu dem Besiegten, so spricht derjenige, der alle unsere früheren Äußerungen der Friedensbereitschaft als bloßen Schein der Schwäche deutet. Von diesem Standpunkt, von dieser Täuschung sollen sich die Führer der Entente zuerst lösen. Um ihnen dies zu erleichtern, möchte ich daran erinnern, was ihnen wirklich die Lage ist. Mögen sie sich gelangt sein lassen: Unsere militärische Lage war niemals so günstig, wie sie jetzt ist. (Bravo).

Unsere genauen Heerführer leben mit unermindelter Siegesüberdacht in die Zukunft. Durch die ganze Armee, durch Offiziere und Mannschaften steht ungetrübter Kampfesgeist. Ich erinnere an das Wort, das ich am 9. November im Saale sprach: Unsere wiederholt ausgesprochene Friedensbereitschaft, der Welt der Menschlichkeit, der aus unseren Vorkämpfern spricht, der darf kein Freibrief für die Entente sein, der Krieg immer weiter zu verteidigen. Binne uns unsere Feinde hierzu, so haben sie doch noch einmal vor Augen zu stellen, was sie im Falle des Verlustes der feindlichen Moralik also wirklich zum Frieden bringen sind, so mögen sie für Brötchen nochmals ver-

wehren oder, wie Lloyd George sagte, eine Irregulärerkeit einzutreten lassen. Wenn sie das tun und mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen, denn unser Ziel ist kein anderes, als die Wiederherstellung des Gleichgewichts in Europa. Die Entente hat den Zweck, allgemeine Friede ist solange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches, als die Sicherung seiner Lebensinteressen und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleiben. Bis dahin heißt es, ruhig zusammenstellen und abwarten. Am Ziele meine Herren, sind wir alle einig. (Koboths Prolog), über die Methoden und Modalitäten kann man verschiedener Meinung sein. Aber lassen wir uns über diese Methodenoberflächlichkeiten zurücktreten. Streiten wir nicht über Formen, die bei dem notwendigen Lauf der Selbstbehauptung immer zu Laufen kommen und behalten wir über trennende Vorbehalte hinweg das eine gemeinsame Ziel im Auge, das Wohl des Vaterlandes. Leben wir zusammen, Regierung und Volk, und der Sieg wird unser sein, ein jeder Friede wird und muß kommen. Das deutsche Volk erstrebt in dem mündenerwarteten Weise die Reiben und Rollen des nun in seinem bierten Jahre währenden Krieges. Bei diesen Rollen denke ich ganz besonders an die Weiden der kleinen Gewässer und der gering belohnten Beamten. Aber sie alle, Männer und Frauen, wollen aushalten und durchhalten. In politischer Weise lassen sie sich nicht von Schlagworten beirren, wissen sie zu unterscheiden zwischen den Realitäten des Lebens und glückwünschenden Träumen. Ein solches Volk kann nicht untergehen. Gott ist mit uns und wird auch femer mit uns sein. (Koboths Prolog).

Graf Czernins Antwort

Die jüngsten Vorgänge in Oesterreich

Wien, 24. Jan. Am Ausdauß für Kaiser des österreichischen Delegations hielt heute der Präsident des Österreichischen Reichsrat Czernin eine Rede, in der er einige Punkte betonte, die den Verlauf der Verhandlungen in Paris zu klären und die Stimmungen zu beruhigen, sich auch nicht abnehmend eine Berichtigung der unrichtigen Ansichten machen könnten, die zu behoben seien. Niemals hätte Friedensverhandlungen bei offenen Feinden stattgefunden, und es sei ganz ausgeschlossen, daß Verhandlungen von Umfang und Ziele der jetzigen Art ohne Schwierigkeiten verlaufen könnten. „Wenn“, fuhr der Minister fort, „das Ergebnis der verschiedenen Verhandlungen in die Welt hinausgetragen werden sollte, würde man in diesem Punkt von vornherein im Herrn, die öffentliche Meinung aufweisen. Wenn wir trotzdem dem Wunsche der russischen Regierung nach dieser Veröffentlichung sofort zustimmen, so geschieht dies, weil wir nichts zu verlieren haben. Die Welt, aus der Entscheidung über die vorliegenden Punkte zu ziehen, die ohne Kompensation und ohne Anzeichen. Das war mein Programm schon vor einem Jahr, und ich habe die Öffentlichkeit niemals im Zweifel darüber gelassen, daß ich mich nie auch nur um einen Schritt von diesem Wege abbringen lassen würde. Ich verlange

keinen Quadratzentimeter und keinen Kreuzer von Rußland und wenn, wie es scheint, Rußland auf dem gleichen Standpunkt steht, dann muß der Friede zustande kommen. Wenn unsere russischen Kompagnen von uns eine Gebietsabtretung oder eine Kriegsentziehung verlangen, so würde ich den Krieg fortsetzen, trotz des Friedenswunsches, den ich gerne annehme, oder ich würde zurücktreten, wenn ich mit meiner Armee nicht durchdringen könnte.“

Der Minister sprach dann die zwei größten Schwierigkeiten, welche die Gründe enthalten, warum die Verhandlungen nicht so schnell zustande kommen könnten. Die erste Schwierigkeit sei die, daß mit verschiedenen neuentstehenden russischen Heiden, statt mit einem russischen Kompanien verhandelt werden müßte. Es kämen hier in Betracht das von Petersburg geleitete Rußland, unter neuer Administration, die große Ukraine, Finnland und die Westküste der Baltischen Meer, die sich befinden die vier Wände gegenüber. „Wir“, fuhr der Minister fort, „haben es in erster Linie mit der

großen Ukraine zu tun, mit der wir uns auf der vorerwähnten anemerosen und kompensationlosen Basis einigen. Wir sind uns auch in anderen Punkten auch darüber klar geworden, daß wir die Handlungsbereitschaften mit der neuentstandenen Republik wieder angestehen seien.“

Die zweite Schwierigkeit ist unseiner die Meinungsunterschieden unserer deutschen Bundesgenossen und der österreichischen Regierung über die Interpretation des Selbstbestimmungsprinzips, das in der 13. Forderung der Balfour-Berichte von den Besiegten zu ziehen ist. Diese Meinungsunterschiede sind eine doppelte, denn Deutschland steht auf dem von der russischen Regierung vorgelegten unabhängigen Standpunkt, daß die jährlich erfolgten Friedensunterstützungen und Selbstbestimmungsprinzipien seitens der Besiegten, die sie zum Teil schon im Besonderen als provisorische Grundlage für die Volksmeinung zu gelten lassen, die nachher durch ein Selbstbestimmungsprinzip zu überführen sind. Zweitens besteht die Meinungsunterschiede in dem Willen der Hauptstädte unserer Verbündeten, die im Besonderen die von Wien und Brüssel angeführten Gruppen und Verwaltungsorgane aus den okkupierten Provinzen fortzuführen, während Deutschland darauf hinweist, daß eine solche Fortführung ein Vacuum schaffen würde, das nach der Ausübung vollständiger Autonomie und die die Not hervorruft. Die natürliche Zurückhaltung des von den Russen angeführten großen Komites, der in den besetzten Gebieten das Staatsrecht ernstlich, eindeutig, festhält, auf beiden Seiten sind diese Fragen auf ein Mittelgeleis geführt worden. Meiner Meinung nach sind die Differenzen bei beiden Standpunkten nicht groß genug, um ein Scheitern der Verhandlungen zu rechtfertigen. Sind wir mit den Russen zum Frieden gekommen, so werden wir uns

allgemeine Friede nicht mehr lange zu verbinden, trotz aller Anstrengungen der westlichen Entente-Staatsmänner. Die Frucht des allgemeinen Friedens ist meiner Überzeugung nach im tiefen begriffen, und es ist nur eine Frage des Durchhaltens, ob wir einen allgemeinen ehrenvollen Frieden erhalten oder nicht. Diese Zeit hat nicht das Recht, die Handlungen der westlichen Entente-Friedensangebot befürzigt, in dem eine bedeutende Annäherung an dem österreichisch-ungarischen Standpunkt finde. Unter seiner Berücksichtigung sind eingeleitet, denen wir sogar mit größter Freude zustimmen könnten. Nur diese Vorkämpfer erstrebt ich zunächst, daß ich gegen den unermessenen Selbstwillen führen die

Verteidigung der Bundesgenossen bis zum äußersten zu gehen, erst entscheiden bin. Den vorerwähnten Weltan unserer Bundesgenossen, wie den eigen zu verteidigen, ist der Standpunkt innerlich der westlichen Entente, die vollständig bereit sind, die Maßregeln, wie bei uns in Zukunft zu regieren haben, nach sich selbst, aber entscheiden abzulehnen. Unser Parlament zusammen mit den übrigen verfassungsmäßig bürgenden Faktoren hat allein über interne Angelegenheiten in Oesterreich zu entscheiden. An dem

Standpunkt, der von der Befreiung der belgischen Provinzen nach dem allgemeinen Frieden der Verhandlungen handelt, habe ich mich nicht zu bemerken, daß nach ich nicht belgisch bin, sondern in denen belgischen Provinzen, die in der gegenwärtigen Lage sind, sind sie nicht zu beschützen, außer daß es unwahrscheinlich wäre, das das fertige Ergebnis der ganzen Welt im vollen Sinne mitzugehen.

Das für Handelverträge gilt, gilt auch für politische Handlungen. Was die Aufhebung der Geheimbündnisse betrifft, die hätte ich gegen die Vermittlung dieses Krieges nicht ergründen, wenn es keine Geheimverträge mehr gegeben hätte und Verträge ohne Wissen der Öffentlichkeit nicht bestehen können. Bezüglich der Freiheit der Meere kann ich den Wunsch ausdrücken, daß sie durch den Krieg nur noch mehr gefördert werden, da die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden kann, da die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden kann, da die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden kann.

Italien, Serbien, Montenegro und Rumänien weisere ich mich als Angehöriger für feindliche Kriegshandlungen zu signieren und unter herabwürdigen Umständen in die Verträge zu ziehen, die sie im Namen der Entente eingeleitet haben. Die Entente hat die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden können, da die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden können, da die Freiheit der Meere nur durch den Frieden erreicht werden können.

Wenn man seinen großen Einfluß auf die Bundesgenossen dazu benutzen, sie zur Erfüllung ihrer Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie zu brechen bereit sind. Das ist nicht die Sprache des Friedens, die man ihnen erlauben, den Krieg ins Endstadium weiter zu schieben.

Wilson mag seinen großen Einfluß auf die Bundesgenossen dazu benutzen, sie zur Erfüllung ihrer Bedingungen zu bestimmen, unter denen sie zu brechen bereit sind. Das ist nicht die Sprache des Friedens, die man ihnen erlauben, den Krieg ins Endstadium weiter zu schieben.

Frieden mit der Ukraine und mit Petersburg

Der Friede mit Petersburg ändert an unsere definitive Lage nichts. Der Friede mit Petersburg wird uns dem allgemeinen Frieden näher bringen. Der Friede mit der Ukraine ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum allgemeinen Frieden. Wenn wir handelsmäßig werden. Die Nahrungsfrage ist heute eine Weltfrage, nicht nur bei unseren Gegnern, bei den Neutralen, sondern auch bei uns. Meine Pflicht ist, alles anzuwenden, um den notwendigen Vorrat des Getreides der Welt zu sichern und zu liefern, und das ist nur durch den Frieden möglich, wenn auch oder wenn nicht. In solcher Weise braucht eine Zeit, denn der Friedensschluß muß schicklich, als was und wie der Ukraine Kompensation leisten will. — Wir sind in keiner Lage, in der wir die Ukraine einen solchen Frieden ohne wirtschaftliche Vorteile zu bringen, um einen guten mit wirtschaftlichen Vorteilen schicklich zu lassen. Die Nahrungsfrage ist heute eine Weltfrage, nicht nur bei unseren Gegnern, bei den Neutralen, sondern auch bei uns. Meine Pflicht ist, alles anzuwenden, um den notwendigen Vorrat des Getreides der Welt zu sichern und zu liefern, und das ist nur durch den Frieden möglich, wenn auch oder wenn nicht.

Polen. Ich in den Rücken zu fallen. Entweder haben Sie Vertrauen zu mir, die Friedensverhandlungen weiter zu führen, dann müssen Sie mir helfen, oder Sie haben es nicht, dann müssen Sie mich stützen.

Es soll die Vertrauensfrage vorgelegt werden, und wenn ich die Antwort sehen will, so werde ich sofort darüber die Entscheidung zu erlassen und jedem die Entscheidung zu erlassen, die er will. Ich möchte, so lange zu bleiben, als ich das Vertrauen der Kaiser und der Vorkämpfer der Delegation habe. Mein Minister des Neuen kann Verhandlungen von dieser Tragweite führen, wenn er nicht will, wenn nicht alle Welt weiß, daß er durch das Vertrauen der Kaiser und der Vorkämpfer der Delegation getragen ist. Es geht uns Gutes. Sie haben Vertrauen, oder Sie haben es nicht. Sie müssen mit helfen oder mich stützen, ein drittes gibt es nicht. — Ich bin Ende.

Rücktritt des Kabinetts Welserle

Anhalt, 24. Jan. Der „Berliner Post“ teilt mit, daß Ministerpräsident Dr. Welserle die Demission seines Kabinetts bereits überreicht habe.

Der Rücktritt des ungarischen Kabinetts hängt mit den Arbeiterzuständen nicht unmittelbar zusammen, sondern ist eine weit länger erwartete Folge davon, daß Welserles Bemühungen um eine tragfähige Mehrheit für seine Wahlreform zunächst an dem Widerstand der von Grafen Tisza geleiteten früheren Mehrheit (Christlichpartei), dann an der Unmöglichkeit, die als Hoch- und Einheitspartei für seine Unabhängigkeit geordnete Umgestaltung des Parteiwesens im Sinne der alten ungarischen Forderungen bei der Krone und ihren militärischen Beratern durchzusetzen gelungener sind. Es ist wahrscheinlich, daß es sich zunächst um eine Umgestaltung des Kabinetts Welserle handelt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 24. Jan., abends. (Amtlich.) Von der Kriegsoberleitung nichts Neues.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 24. Jan. Amtlich wird verlautbart: Die Lage ist unverändert.

Der Chef des Generalstabes.

Englischer Meeresbericht

Am 23. Januar vormittag: Gestern Abend beobachteten wir bei Scarborough Seebatterien vier bis fünf deutsche U-Boote im Gebiet. Die feindlichen U-Boote gingen während des Tages am Front von Genua ein. (Einsch.).

Französischer Meeresbericht

Am 23. Januar abends: Kabinetsbeschluss.

